



Bündnis Ökolandbau Sachsen

21. August 2024

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Sachsen 2024

Liebe Mitglieder,

vor der Landtagswahl haben wir vom Bündnis Ökolandbau Sachsen Wahlprüfsteine an die Parteien verschickt. Unsere Fragen befassen sich mit der Unterstützung bestehender Bio-Betriebe in Sachsen, der Weiterentwicklung und Sicherung des Ökologischen Landbaus im Freistaat sowie dem Zugang zu Land, dem Bürokratieabbau und der Gentechnik.

Anbei haben wir die Antworten für Sie und Euch zusammengestellt.

Herzliche Grüße

Heike Kruspe
Sprecherin Bündnis Ökolandbau Sachsen

Kornelie Blumenschein
Sprecherin Bündnis Ökolandbau Sachsen

Das Bündnis Ökolandbau Sachsen ist die Landesvereinigung der Öko-Anbauverbände in Sachsen. Als Verbund der Öko-Verbände Gää, Bioland, Demeter, Naturland, Biokreis und Biopark vertreten wir die Interessen des ökologischen Landbaus in Sachsen.

Unterzeichner des Schreibens:

Biokreis Erzeugerring Mitteldeutschland e.V., Günter Schlotter, 06484 Quedlinburg, Tel.: 0151 70419570,
E-Mail: gschlotter@t-online.de

Bioland Landesverband Ost e.V., Heike Kruspe, 12347 Berlin, Tel.: 030 629047610, E-Mail: Heike.Kruspe@bioland.de

BIOPARK e.V., Dr. Delia Micklich, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 245030, E-Mail: info@biopark.de

Gää e.V. - Vereinigung ökologischer Landbau, Kornelie Blumenschein, 01099 Dresden, Tel.: 0351 4031918,

E-Mail: k.blumenschein@gaea.de

Naturland Landesvorstand Sachsen, Dirk Rudert, Agrargenossenschaft eG Großzöbern, 08538 Weischlitz – Großzöbern,
Tel.: 037436 2503, E-Mail: rudert@ag-grosszoebern.de

Demeter im Osten, Paule Lucht, Guidohof, Am Ullersberg 31, 09212 Limbach-Oberfrohna, Tel.: 037609 5433, E-Mail:
landwirtschaft@guidohof.com

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Sachsen 2024

Die Wahlprüfsteine wurden Ende Juni an CDU, SPD, Die Grünen, FDP, Linke, BSW, AfD und Freie Wähler versandt. Keine Antworten sind von FDP, Freien Wählern und BSW eingegangen.

Inhaltsverzeichnis

Themenfeld Perspektive und Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Sachsen	2
Themenfeld Aufbau ökologischer Wertschöpfungsketten	6
Themenfeld Umbau der Tierhaltung	9
Themenfeld Nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsgastronomie	13
Themenfeld Agrarstrukturgesetz, BVVG-Flächen, Zugang zu Land	15
Themenfeld Bürokratieabbau.....	20
Themenfeld Neue Gentechniken	23

Themenfeld Perspektive und Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Sachsen

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die nachhaltige Sicherung und Förderung des Ökolandbaus im Freistaat unter der Betrachtung der Bio-Strategie 2030 des Bundes? Ist hierfür die finanzielle Unterstützung vom Freistaat gesichert?

CDU

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen keinen staatlichen Vormund. Stattdessen braucht es einen klaren – und fairen – Rahmen. Damit können Land- und Forstwirte produzieren, was der Markt verlangt. Die Sächsische Union macht dabei keinen Unterschied zwischen konventionellem und ökologischem Landbau. Beide Bewirtschaftungsformen haben ihre Stärken und Daseinsberechtigung. Für beide Bereiche muss die Bürokratie deutlich abgebaut werden.

Der Öko-Aktionsplan der EU-Kommission stärkt die ökologische Lebensmittelerzeugung. Ziel des Plans ist es, das Vertrauen der Verbraucher in biologisch produzierte Lebensmittel zu stärken und so Landwirtschaft, Umweltschutz und Lebensmittelversorgungssicherheit langfristig besser miteinander zu vereinen.

Die Bürger fragen regionale Bioprodukte nach. In der Marktwirtschaft bestimmt die Nachfrage Preis und Angebot und wenn diese vorhanden ist, sollte sie auch bedient werden. Wir müssen also die Bio-Produktion stärken. Und zwar von Beginn an. Im Mittelpunkt der Absatzförderung müssen Öko-Rohstoffe aus heimischer Erzeugung stehen.

Die EU-Förderinstrumentarien können dabei helfen. Allerdings können diese den Markt nicht ersetzen. Öko-Produkte haben und brauchen ihren Preis.

Zur Wahrheit gehört: Ökolandbau steht aus unserer Sicht gleichberechtigt neben der konventionellen Landwirtschaft. Auch dort wird nachhaltig gewirtschaftet. Vor allem der Flächenverbrauch fällt sehr viel geringer aus. Nur mit Ökolandbau können wir die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln nicht gewährleisten. Denn hier sind die Erträge bislang deutlich geringer als in der konventionellen Landwirtschaft. Schon heute muss Deutschland einen großen Anteil seiner Lebensmittel importieren.

Die Mischung macht es also. Dafür setzen wir uns Sächsische Union ein – ohne ideologische Schere im Kopf. Es ist nicht Aufgabe des Staates, ‚öko‘ oder ‚konventionell‘ zu verordnen. Es ist Aufgabe des Staates, beides zu ermöglichen. Für eine nachhaltige Steigerung der Öko-Produktion sind praktikable Rahmenbedingungen erforderlich. Die Entscheidung für die eine oder andere Bewirtschaftungsform muss aber am Ende allein bei den Betrieben liegen.

Eine besondere Herausforderung stellt auch für den Ökolandbau die ausreichende Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen dar, z. B. Stickstoff. Deshalb kann sich die Sächsische Union vorstellen, dass in Zukunft im Ökolandbau Stickstoffdünger zum Einsatz kommt, welcher mit Hilfe Erneuerbarer Energien nach dem Haber-Bosch Verfahren aus der Luft erzeugt wurde (ähnlich dem Prinzip Grüner Wasserstoff). Aus diesem Bewusstsein ist der Gedanke gewachsen, die Synthese von Stickstoff durch erneuerbare Energien zu gestalten und somit einen „grünen“ Stickstoff anbieten zu können, der auch im Ökolandbau einsetzbar ist. Darin sehen wir einen wichtigen Schritt, um den Ertrag der Ökolandwirtschaft zu steigern bzw. stabil zu halten und

gleichzeitig die Emissionsziele zu erreichen bzw. die Auflagen des Ökolandbaus zu erfüllen.

SPD

Wir wollen die Transformation der Landwirtschaft vorantreiben und haben dabei besonders die Themen öffentliches Geld für öffentliche Leistungen (u.a. für den Erhalt von Ökosystemen), regionale Wertschöpfung und Smart Farming im Fokus.

Eine nachhaltige Landwirtschaft bezieht den Erhalt der Nutzbarkeit von Böden und Gewässern in die Produktion ein. Wir wollen nachhaltige Produktionsverfahren in der Landwirtschaft und der Lebensmittelherstellung befördern. Auch konventionelle Betriebe können Beiträge zu mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft leisten. Daher wollen wir neben dem Ökolandbau auch Nachhaltigkeitsgewinne in konventionellen Betrieben fördern. Wir begrüßen die Bio-Strategie 2030 des Bundes und werden auf ihre Umsetzung in Sachsen achten.

Bündnis 90/Die Grünen

Das viele Jahre von uns BÜNDNISGRÜNEN geforderte und nun unter dem BÜNDNISGRÜNEN Ministerium endlich initiierte Sächsische Kompetenzzentrum Ökolandbau soll sich weiter als zuverlässige Forschungs-, Innovations- und Ideenschmiede sowie praxisnaher Partner für die Betriebe etablieren. Es soll sich weiter eng mit den sächsischen Ökobetrieben vernetzen und diese Kooperationen ausbauen, Antworten auf die Fragen der Praktikerinnen und Praktiker geben und Umstellungsinteressierte betriebsnah beraten. Die BÜNDNISGRÜNE Fraktion hat hier für eine solide Mittelausstattung gesorgt - die muss unbedingt erhalten werden. Klar ist: ohne Bündnisgrüne in Entscheidungspositionen wird das schwierig, da das Kompetenzzentrum innerhalb der jetzigen Regierungskoalition vor allem durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewollt ist. Die finanzielle Unterstützung vom Freistaat ist darum nicht gesichert. Es gibt starke politische Kräfte in Sachsen, die die Förderung des Ökolandbaus in Frage stellen. Wir werden auf jeden Fall für die Beibehaltung der Förderung kämpfen, insbesondere für die Umstellungs- und Ökoprämien. Das ist für die Planbarkeit bei den Betrieben unerlässlich.

Die Linke

Die Linke kämpft für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Wir wollen eine Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist. Zudem treten wir dafür ein, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon gut leben können. Insofern unterstützen wir den weiteren Ausbau des Ökolandbaus.

Die Fortsetzung und Erweiterung der begonnenen Maßnahmen und Projekte sind aus unserer Sicht wichtige Bausteine für den notwendigen Transformationsprozess. Dabei grenzen wir uns aber klar gegen das Ausspielen von „Groß gegen Klein“ oder „Bio gegen Konventionell“ ab. Die Kompetenzstelle Ökologischer Landbau fungiert hier als Bündnispartner und Verbindungsstelle und kann mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die landwirtschaftliche Produktion in Sachsen naturverträglicher, vielfältiger und resilienter zu machen.

Die Organisation des Kompetenzzentrums sollte als eigenständiges Referat im Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) erhalten werden. Die Beschäftigten brauchen langfristige Arbeits- und Entwicklungsperspektiven, eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.

Aus linker Perspektive sehen wir in der Entwicklung, Erprobung und Vermittlung sicherer Pflanzenschutzmethoden sowie innovativer, verbundener Landnutzungsformen, wie Paludikulturen, Terra Preta oder Agroforstsysteme wichtige Arbeitsschwerpunkte des Kompetenzzentrums. Weitere wichtige Arbeitsbereiche sind aus unserer Sicht die Züchtung und Erprobung von klima- und standortangepasstem, resilientem und ertragreichem Saat- und Pflanzgut sowie robuster Nutzierrassen.

Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften wollen wir besonders unterstützen. Auch hier sehen wir in dem Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau einen wichtigen Partner.

Die Linke steht für einen gerechten Übergang in ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem, das sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert und nicht an Profitinteressen der Konzerne. Die Linke setzt daher auf regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft. Der Ökolandbau muss auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030 ausgebaut werden. Zudem wollen wir Schul- und Selbsterntegärten sowie urbane Landwirtschaft stärken.

Die Linke setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Zahlungen sollen konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Geld darf es nur noch für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Bei der Flächenprämie sollen sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren ausgeschlossen werden. Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren und über eine gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette sichern, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben. Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040 umsetzen.

Die Ziele und Maßnahmen der Bio-Strategie 2030 des Bundes unterstützen wir. Für die Umsetzung auf Landesebene werden wir uns parlamentarisch engagieren.

AFD

Der Ökolandbau hat in Sachsen mittlerweile ein gefestigtes Marktsegment. Wir begrüßen daher ausdrücklich ein marktgerechtes und an der Konsumentennachfrage ausgerichtetes Wachstum. Daher widersprechen wir jedoch fest vorgeschriebenen Planzielen.

Ökologisch wirtschaftende Betriebe haben wie konventionell wirtschaftende Betriebe eine Daseinsberechtigung. Daher sollten auch beide Bewirtschaftungsformen möglichst ähnlichen Förderbedingungen mit möglichst gleichem Förderniveau unterliegen. Beratungs- und Innovationsleistungen sowohl für alle landwirtschaftlichen

Betriebsformen als auch spezifisch für Ökobetriebe müssen erhalten werden. Eventuelle Doppelstrukturen an staatlichen Stellen sollen dabei im Sinne des sparsamen Umgangs mit Steuermitteln vermieden werden.

Themenfeld Aufbau ökologischer Wertschöpfungsketten

Wie plant Ihre Partei in Sachsen bereits bestehende Verarbeitungsunternehmen im Freistaat dahingehend zu unterstützen, auch in die Bioverarbeitung einzusteigen? Unterstützt und fördert Ihre Partei das Vorhaben "Transport von der Straße auf die Schiene"?

CDU
<p>Hochwertige Lebensmittel aus Sachsen müssen besser vermarktet werden. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und führt zu mehr Nachhaltigkeit, unter anderem durch kürzere Transportwege. Gleichzeitig müssen die Verbraucher über die Leistungen einer modernen Landwirtschaft sachlich und neutral informiert werden. Zur Unterstützung regionaler Initiativen und Interessengruppen beim Aufbau neuer regionaler Kooperationen und Strukturen setzen wir zudem auf die Etablierung zusätzlicher Angebote und nehmen weitere relevante Themenfelder in den Blick. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahrzehnten bedeutende Summen in das Agrarmarketing und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten gesteckt. Zuletzt wurden insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Unterstützung für neue Modellregionen zur Vermarktung konventioneller und biologischer Landwirtschaftsprodukte• Unterstützung der Verwendung von mehr regionalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung (einschl. Bioprodukten)• Förderung der Vernetzung der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft• Einrichtung einer Agentur für Agrarmarketing <p>Gleichzeitig muss die Skepsis bestimmter politischer Kreise gegenüber deutschen Agrarexporten abgelegt und sich hinter Lebensmittel ‚Made in Germany‘ gestellt werden. Landwirte sind in erster Linie Unternehmer. Rund ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert. Der Agrarhandel, auch mit regionalen Agrarprodukten, ist ein wichtiges Instrument, um die Wertschöpfung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft zu steigern. Zudem fördert der Agrarexport, dass insbesondere im Bereich der tierischen Erzeugung Agrarprodukte vollumfänglicher verwertet werden. Die Bundesregierung hat deshalb die Aufgabe, für die deutsche Agrarwirtschaft Türen zu öffnen und Marktzugänge auf- und auszubauen. Gerade aufnahmebereite und prosperierende Drittländer müssen verstärkt und konsequent in den Fokus des Agrarexports genommen werden.</p>
SPD
<p>Bereits in dieser Legislatur haben wir in der Koalition verschiedene Maßnahmen für den Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten auf den Weg gebracht, bspw. die Unterstützung für neue Bio-Regio-Modellregionen, die Unterstützung der Verwendung von mehr bio-regionalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung, die Förderung der Vernetzung der bio-regionalen Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Einrichtung einer Agentur für Agrarmarketing. Wir wollen diesen Weg weitergehen, die Agentur für Regionale Lebensmittel verstetigen sowie Stadt-Land-Partnerschaften in der regionalen Vermarktung befördern.</p> <p>Sachsen ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa und selbst ein Exportland. Wichtig ist uns daher der Ausbau der Transitstrecken zwischen West- und</p>

Osteuropa. Aus Gründen der Nachhaltigkeit wollen wir mehr Güter auf die Schiene verlagern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Deutschland und Polen wollen wir über die Lausitz mit einem leistungsfähigen intermodalen Güterverkehrsnetz verbinden.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir unterstützen Konzepte einer nachhaltigen Nutzung von biologischen Ressourcen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei und treiben die Entwicklung innovativer biobasierter Produkte und Materialien voran.

Unsere intensive Arbeit zur Stärkung von Kreisläufen regionaler Wertschöpfung durch regionale Verarbeitung und Vermarktung von Landwirtschaftsprodukten wollen wir fortsetzen. Entsprechende Strukturen, wie die von uns etablierten Bio-Regio-Modellregionen oder die Sächsische Agentur für Regionale Lebensmittel wollen wir weiter ausbauen. Wir wissen aus Gesprächen, dass wir hier besser werden müssen - dazu wollen wir mehr Ansprechstellen in den ländlichen Regionen einrichten, um dort, wo produziert wird, auch kurze Wege zu gewährleisten. Das gelingt, wenn wir weiter Verantwortung für Landwirtschaft in Sachsen tragen. Wir entwickeln unsere Strategien für den Aufbau ökologischer Wertschöpfungsketten zudem immer mit der Branche gemeinsam. Das muss auch für Instrumente für bereits bestehende Verarbeitungsunternehmen gelten, um in die Bioverarbeitung einzusteigen.

Ein wichtiger Baustein regionaler, tierwohlorientierter Wirtschaftsketten und Vertriebskreisläufe sind hofnahe Schlachtungen. Regionale (Wochen-)Märkte wollen wir gezielt unterstützen, um die Ernteprodukte auf kurzem Wege vor Ort besser zu vermarkten.

Seit Jahrzehnten streiten wir BÜNDNISGRÜNEN für die Verlagerung von überregionalen Transporten von der Straße auf die Schiene und für den Erhalt von Bahnstrecken in der Region. In Städten kann - wo es sinnvoll ist - via Railports und mit Nutzung des innerstädtischen Schienennetzes die lokale Verteilung von Gütern auf dem Schienenweg vorangebracht werden.

Die Linke

Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern. Landwirtinnen und Landwirte sollen stärker von regionalen Wirtschaftskreisläufen profitieren. Ein größerer Teil ihrer Produkte sollte direkt im Hof nebenan oder Supermärkten der Region verkauft oder frisch in Kita-, Schul- oder Krankenhausküchen zu gesundem Essen verarbeitet werden. Dafür müssen bezahlbare regionale und Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung stärker unterstützt werden. Die Linke setzt sich für die Förderung des Aufbaus regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen sowie klare Rahmensetzung für die Nutzung regionaler Produkte ein. Durch stabile Lieferbeziehungen wollen wir die Bäuerinnen und Bauern stärken, die regionale Identität erhöhen und Transporte, die Kosten verursachen und dem Klima schaden, vermeiden.

Wissensaustausch, Innovationen und Vernetzung sind essentiell, um den notwendigen Wandel unserer Agrar- und Ernährungssysteme gerecht, solidarisch und ökologisch zu gestalten.

Regionale Verarbeitungskapazitäten ökologisch erzeugter Lebensmittel wollen wir ausbauen. Zuwiderlaufende Regelungen müssen entsprechend harmonisiert und angepasst werden, ohne dabei hohe Produktionsstandards und Verbraucherschutz zu gefährden.

Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Wir halten an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens fest, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen und das bis dahin verbliebene CO₂-Budget nicht zu überschreiten. Dazu müssen in allen Bereichen die Bemühungen um den Klimaschutz verstärkt werden, sei es im Energie- oder Verkehrsbereich, im Gebäudesektor, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Der Umstieg der Logistik von der Straße auf die Schiene ist dabei ein wichtiger Baustein.

AFD

Die Unterstützung (neuer) Wertschöpfungsketten ist unser Anliegen. Dabei ist zweitrangig, ob diese über die Förderrichtlinie WIN/2023 erfolgt oder aber über andere bzw. neu zu schaffende Förderbausteine. Die Vereinfachung von Vorschriften für Verarbeitungsunternehmen ist uns auch ein Anliegen – sowohl bei ökologischen als auch bei konventionellen Lebensmitteln.

Beim Güterumschlag ist grundsätzlich der Umstieg von der Straße auf die Schiene zu begrüßen. Beim Absatz von (ökologisch erzeugten) Lebensmitteln ist hier jedoch die Forcierung von regionalen Absatzwegen mit kurzen Lieferwegen sowie jeweils überschaubaren Warenvolumina im Fokus, was dem Konzept des Schienentransports zuwiderläuft.

Themenfeld Umbau der Tierhaltung

Wie stellt Ihre Partei in Sachsen die Eigenversorgung mit tierischen Erzeugnissen sicher? Welche finanziellen Mittel werden vom Freistaat für den Umbau der Tierhaltung bereit gestellt? Setzt sich Ihre Partei in Sachsen für die ökologische Schweinehaltung unter Betrachtung der ASP ein?

CDU
<p>Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe der Politik, tierische Produkte zu erzeugen und zu vermarkten. Vielmehr müssen die Parlamente die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Tierhaltung (ökologische wie Konventionelle) attraktiv ist und der Tierhalter seinen Lebensunterhalt damit verdienen kann. Hierzu gehört eine zielgerichtete Investitionsförderung, die Achtung der Arbeit unserer Tierwirte und ganz besonders die Ächtung von kriminellen Handlungen gegen die Tierhalter (z. B. Stalleinbrüche durch selbsternannte „Tierschützer“).</p> <p>Die Tierhaltung ist ein besonders wichtiger Teil unserer Landwirtschaft. Tierhalter tragen eine hohe Verantwortung sowohl für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere als auch für die der Konsumenten. Gleichwohl müssen die Landwirte die Wirtschaftlichkeit ihrer Höfe im Blick behalten. Gerade für kleine und mittlere Betriebe ist das Einkommen aus der Tierhaltung von hoher Bedeutung. Tierhaltung stabilisiert und stärkt ländliche Regionen. Dabei werden die Haltungsbedingungen in den letzten Jahren immer stärker auf die Bedürfnisse der Nutztiere ausgerichtet: durch besseres Stallklima, höhere Futterqualität verbesserte Hygienestandards sowie durch gezieltere Zuchtmethoden. Sachsen ist von den natürlichen und klimatischen Gegebenheiten her ein besonders begünstigter Standort für die Tierhaltung und für die Erzeugung tierischer Lebensmittel.</p> <p>Tierhaltung wird auch in Zukunft gebraucht. Umso mehr sehen wir uns in der Pflicht, die Viehhaltung in der Landwirtschaft zu unterstützen, dort, wo es Probleme gibt, diese zu lösen und damit die Tierhaltung weiter zu verbessern. Deshalb ist es unser Ziel, die Tierhaltung in Sachsen zukunftssicher zu machen. Sie muss Tierwohl gewährleisten, wettbewerbsfähig sein und ohne nachhaltige Umweltschädigungen (Luft, Wasser, Boden, Biodiversität) betrieben werden können. Tierische Veredlung und Flächenbewirtschaftung sollen wieder stärker zusammenwachsen. Eine solche Tierhaltung findet gesellschaftliche Akzeptanz.</p> <p>Wir wollen die Tierhaltung stärken, die ökologisch, ökonomisch und sozial (nachhaltig) ausgerichtet und in den Regionen verwurzelt ist. Landwirtschaftliche Betriebe fühlen sich langfristig für ihren Boden und den sorgsam Umgang mit ihren Tieren verantwortlich. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Tierhaltung in der Hand und im Eigentum der Landwirte bleibt.</p> <p>Deshalb fordern und unterstützen wir die folgenden Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Landwirte und Tierhalter, die die Ernährung unserer Bevölkerung sichern, müssen wieder mehr Anerkennung und Wertschätzung in und durch Politik und Gesellschaft erfahren. Die regionalen landwirtschaftlichen Kreisläufe müssen gestärkt werden und die ideologisch motivierte Drangsalierung der Nutztierhaltung muss aufhören – 48 GVE pro 100 Hektar sind zu wenig.

2. Die Teller-Trog-Diskussion muss endlich aufhören. Unsere Nutztiere erzeugen gesunde und hochwertige Lebensmittel aus Pflanzen und Pflanzenresten, welche für uns Menschen nicht verwertbar sind.
 3. Die Weidetierhaltung muss über die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik weiter gefördert werden.
 4. Die bestehenden Vorschriften zur Tierhaltung müssen umgesetzt werden, anstatt ständig neue Regeln festzulegen.
 5. Die Herkunftskennzeichnung muss klar und eindeutig geregelt werden!
 6. Investive Förderung muss auch für gewerbliche Tierhaltungsanlagen ermöglicht werden.
 7. Das Baugesetzbuch muss im Interesse des Tierwohls umgehend angepasst werden!
 8. Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft müssen intensiviert und vorangebracht werden!
- Wettbewerbsnachteile für unsere Tierhalter müssen umgehend beseitigt werden (z.B. bei Veterinärgebühren, Kälbertransporte oder Ferkelkastration)!

SPD

Die Selbstversorgung mit tierischen Produkten ist in Sachsen bei einzelnen Produkten nicht zu 100 Prozent gedeckt. Eine ausschließliche Eigenversorgung einer Region ist ökonomisch und ökologisch nicht in jedem Fall sinnvoll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die in Sachsen ansässigen Erzeuger von tierischen Produkten unter Beachtung von sozialen und Tierwohlstandards ihre Betriebe wirtschaftlich fortführen können.

Wir sind offen für eine Tierwohlabgabe, wenn die finanziellen Details dazu geklärt werden, keine neuen bürokratischen Hürden damit verbunden sind und es sich am Ende für die Tierhalterinnen und Tierhalter lohnt. Klar ist für uns auch: Das Bundesprogramm zum Stallumbau muss auf einem auskömmlichen Niveau fortgeführt werden. Wir unterstützen die Bestrebungen des Bauernverbandes, in Sachsen einen neuen Schlachthof zu errichten, damit Tiertransporte aus Sachsen in andere Regionen vermieden werden.

Seit einer Neubewertung durch die EU ist die Freiland- und Auslaufhaltung von Schweinen in ASP-Sperrzonen grundsätzlich vertretbar, sofern eine betriebsindividuelle Risikobewertung der zuständigen Veterinärbehörde nicht dagegenspricht und wirksame Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren auf dem Betrieb umgesetzt werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Tierhaltung ist für die Entwicklung der ländlichen Räume wichtig - circa die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze befinden sich in diesem Bereich. Die Tierhaltung ist damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Bindeglied der sächsischen Landwirtschaft. Die Erzeugung qualitativ hochwertiger, sicherer Lebensmittel unter sehr komplexen rechtlichen und gesellschaftlichen Anforderungen hat unsere höchste Wertschätzung. Eine sich selbst erhaltende und tragende Landwirtschaft, verknüpft mit der Haltung

unterschiedlichster landwirtschaftlicher Nutztiere und einer funktionierende Kreislaufwirtschaft, sind uns ein wichtiges Anliegen.

Dabei ist die flächengebundene Tierhaltung von besonderer Bedeutung: Sie sorgt für die Schließung regionaler Stoffkreisläufe, die Erhaltung von Grünlandstandorten und Offenlandschaften, die Verwertung von Neben- und Restprodukten der Lebensmittelindustrie sowie für die Förderung vielfältiger Fruchtfolgen. Grünlandbewirtschaftung birgt zudem ein erhebliches Potenzial für die Bindung von Kohlenstoff im Boden, für die Grundwasserneubildung, für die Verbesserung von Ökosystemleistungen und den Erhalt von Lebensräumen und Landschaften.

Auch der Aufbau von Schlachtkapazitäten in der Region - mit kurzen Transportwegen - und die regionale Verarbeitung und Vermarktung sind uns wichtige Anliegen. Hier haben wir in der jetzigen Legislatur Konzepte und ganz konkrete Projekte für mobile Schlachtung angeschoben und wollen da weiter dranbleiben. Ein Ministerium kann keinen eigenen Schlachthof bauen und betreiben - wir wollen Initiativen dazu jedoch wirkungsvoll begleiten und bestehende ländliche Schlachtstellen unterstützen.

Der Umbau der Tierhaltung wird durch verschiedene Instrumente von Bund und Land unterstützt: Wir haben in Ergänzung zu den bestehenden Bundesprogrammen in Sachsen die einzelbetriebliche Investitionsförderung auf den Weg gebracht. Damit wird eine 40 %-Förderung insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls möglich. Der Freistaat fördert hier vor allem Vorhaben zur Wettbewerbsfähigkeit sowie zum Klima- und Umweltschutz. Auch wurde das Baugesetzbuch für schweinehaltende Betriebe zur baulichen Anpassung der Haltungseinrichtung an die Stufen des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes geändert und von Sachsen im Bundesrat unterstützt. Mit der Novelle der sächsischen Bauordnung haben wir auch bestimmte mobile Ställe genehmigungsfrei gestellt, was Kosten und Aufwand bei der Hühnerhaltung erspart. Wir führen auch die Förderung der Zuchtziele Gesundheit und Robustheit fort.

Seit Ausbruch der ASP haben wir uns auf unterschiedlichen Ebenen für eine Auslauf- und Freiland Schweinehaltung unter geeigneten Schutzmaßnahmen vor ASP-Eintragungen eingesetzt. Mehrfach haben wir bis zur EU-Ebene angeregt, die ASP als reine Wildtierseuche anzuerkennen. Wir bleiben da weiter dran. Hürden für die artgerechte Haltung und Freilandhaltung von Schweinen wollen wir abbauen und alternative Freilufthaltungsformen – wie z. B. Streuobstwiesen mit Weideschweinehaltung – fördern.

Die Linke

Der sozialverträgliche Umbau der Tierhaltung ist eine zentrale Stellschraube, um in der gesamten Landwirtschaft mehr Tierwohl, Klimaschutz und mehr Umweltschutz zu erreichen. Das geht nur gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten und erfordert Vertrauen, Verlässlichkeit, Planbarkeit und eine gesicherte Finanzierung. Daher setzen wir uns für die Ausweitung der Förderung für tiergerechte Haltungssysteme auf alle Tierarten und Haltungsformen ein. Tierwohlgerechtere Stallumbauten, -modernisierungen und -erweiterungen wollen wir durch eine höhere Investitionsförderung und vereinfachte Baugenehmigungsverfahren unterstützen. Durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse sowie eine Vereinfachung der

Förderungs- und Antragstellungsstrukturen wollen wir überbordende Bürokratie abbauen.

Die Beibehaltung der obligatorischen Auslauf- oder Freilandhaltung ökologischer Schweinehaltungsbetriebe werden wird auch bei zukünftigen ASP-Vorfällen unterstützen. Der Aufwand bzw. die Konsequenzen für die Betriebe stehen aus unserer Sicht in keinem angemessenen Verhältnis zu der auf diesem Weg zu erwartenden Übertragungs- und Verbreitungswahrscheinlichkeit.

AFD

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode beispielweise ein umfangreiches Förderungsprogramm (Drucksache 7/13155) aufgestellt. Darin sind wesentliche Forderungen enthalten, welche zuletzt auch von der Borchert-Kommission gefordert wurden. Damit setzen wir uns für eine verstärkte und planungssicherere Förderung beim tierwohlgerechteren Stallumbau ein. Der Freistaat sollte, sofern der Bund keine hinreichenden Hilfen bereitstellt, hier im Rahmen seiner Ressourcen auch fördern. Weiterhin setzen wir uns in jedem Fall für den Fortbestand der heimischen Schweinehaltung zu guten Wirtschafts- sowie Haltungsbedingungen ein. Obligatorische Auslauf- bzw. Außenklimagestaltungen müssen in Biosicherheitskonzepten vor dem Hintergrund der ASP darstellbar sein.

Themenfeld Nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsgastronomie

Welche Maßnahmen sind von Ihrer Partei geplant, um den Bio-Anteil in der Außer-Haus-Verpflegung nachhaltig zu steigern? Werden Sie sich für einen Bio-Mindestanteil in den öffentlichen Kantinen des Freistaates Sachsen stark machen?

CDU
Nein. Wir lehnen es ab, den Bürgern vorzuschreiben, was und wie sie zu essen haben. Sollte eine entsprechende Nachfrage nach Bioprodukten bei der Gemeinschaftsverpflegung bestehen, so kann dies der Anbieter in sein Angebot aufnehmen. Wir werden allerdings nicht von oben herab Vorgaben in irgendeine Richtung machen.
SPD
Wir wollen die Nutzung regionaler Produkte für die Außerhaus- und Gemeinschaftsverpflegung mit geeigneten Regelungen fördern. Im Zuge dessen kann auch der Bio-Anteil steigen. Wir werden die Wirkungen der vom Bund initiierten Maßnahmen wie bspw. die Bio-Außer-Haus-Verpflegung-Verordnung (Bio-AHVV) überprüfen und im Bedarfsfall eigene sächsische Initiativen ergreifen.
Bündnis 90/Die Grünen
<p>Unser Ziel ist es, die Selbstversorgung – insbesondere mit mehr Obst und Gemüse aus Sachsen – weiter zu steigern. Hierfür wollen wir den Anteil ökologischer und regional erzeugter Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, vor allem in Kitas und Schulen, deutlich erhöhen. Das Thema Bio-Regio in der Außer-Haus-Verpflegung ist ein wichtiges Element für mehr Wertschöpfung im Ökolandbau. Auch hier wurden erstmals unter Bündnisgrüner Regierungsverantwortung konkrete sachsenweite Aktivitäten initiiert, die es weiter auszubauen gilt. Die Bündnisgrüne Fraktion hat nicht nur finanzielle Mittel für den Bereich erhöht, sondern setzt sich auch bei z. B. EU-Schulobstprogrammen dafür ein, für bio- und öko-Produkte einen zusätzlichen finanziellen Anreiz zu setzen.</p> <p>Wir wollen außerdem die Vergabestellen weiterhin ganz praktisch bei der Ausschreibung für bio-regionale Produkte unterstützen und dabei auf einen festen Anteil biologisch erzeugter Lebensmittel orientieren. Wir haben zudem Mittel für Bio-Regio-Küchentrainings erkämpft, um Kantinen mit den Betrieben, die Bio-Zutaten und regionale Produkte erzeugen, in eine feste wirtschaftliche Verbindung zu bringen.</p> <p>Auch hier bleibt klar zu sagen: ohne BÜNDNISGRÜNE in Entscheidungspositionen wird es keine Lobby für dieses Thema geben.</p>
Die Linke
<p>Die Linke unterstützt das Ansinnen, mehr Bioprodukte in die Außer-Haus-Verpflegung zu bringen. Derzeit liegt der Anteil nach Schätzungen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft im niedrigen einstelligen Bereich und ist damit auch aus unserer Perspektive viel zu niedrig. Dabei darf es aber nicht alleine um das Biosiegel gehen, sondern um den gesamten ökologischen Fußabdruck von Produkten. Bioproduktion wie in Südspanien auf Kosten der Umwelt, der Wasserreserven, der Biodiversität in einer völlig versiegelten Landschaft und nicht zuletzt auf Kosten der afrikanischen Arbeitsmigranten ist nicht unser Weg. Deshalb ist uns auch Regionalität wichtig.</p> <p>Eines unserer Herzensanliegen ist die kostenlose, vollwertige und gesunde Mittagsversorgung in Kitas und allgemeinbildenden Schulen sowie der Betrieb kita- und</p>

schuleigener Küchen. Dafür wollen ein Programm zum Erhalt und zum Ausbau solcher Küchen auflegen. Wir setzen uns für eine Gemeinschaftsverpflegung an allen Kitas und Schulen ein, die gesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen mit Ernährungsbildung, Entlastung der Eltern und Chancengleichheit verbindet. Der von uns angestrebte qualitative und quantitative Ausbau der Kita- und Schulverpflegung schließt ein Mindest-Angebot regionaler Bioprodukte ein.

AFD

Bio-Lebensmittel in der Schul- bzw. Gemeinschaftsverpflegung haben ihre Daseinsberechtigung. Jedoch sollte der höhere Aufwand bei der Erzeugung dieser Produkte auch gerecht im Preis wiedergespiegelt werden. Sofern die Bereitschaft zum Kauf dieser Produkte vorhanden ist, ist die Bereitstellung von ökologisch erzeugten und zertifizierten Lebensmitteln ein vollkommen berechtigtes Anliegen.

Beim Angebot in sächsischen Kantinen wollen wir dem Bürger keinerlei Vorschriften machen. Als freiheitliche Partei setzen wir auf den mündigen Bürger und vertrauen darauf, dass er im Rahmen seiner Eigenverantwortung selbst entscheiden kann, welche Lebensmittel er zu sich nehmen möchte.

Themenfeld Agrarstrukturgesetz, BVVG-Flächen, Zugang zu Land

Werden sie das Agrarstrukturgesetz weiterhin unterstützen und in den neuen Koalitionsvertrag aufnehmen? Wird der aktuelle Entwurf weiter genutzt? Welche Maßnahmen haben sie zur Einhaltung des Ausverkaufes des Bodens und des Flächenfraßes in Sachsen?

CDU
In dem Bewusstsein, dass der aktuelle Gesetzentwurf zum Agrarstrukturgesetz ein Teil des Koalitionsvertrages war, hat sich die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages diesen im Jahr 2023 sehr gründlich angeschaut und bewertet. Im Ergebnis einer fraktionsinternen Meinungsbildung, die von der Sachverständigenanhörung (intern und im Ausschuss) begleitet wurde, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der vorliegende Gesetzentwurf ohne eine umfassende Überarbeitung, die auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen erfolgen muss, nicht mitgetragen werden kann. Im Ergebnis werden wir einem Gesetzentwurf nur zustimmen, der von den berufsständischen Verbänden mitgetragen wird. Die intensive Auseinandersetzung mit den Details des Agrarstrukturgesetzes hat letztlich eine große Zahl an kritischen Themen herausgearbeitet, die dem Staatsministerium bekannt waren, allerdings ignoriert wurden.
SPD
Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass Agrarland bezahlbar bleibt, und fordern eine Agrarpreisbremse auf Landesebene. Damit soll im Freistaat Sachsen die vielfältige Agrarstruktur erhalten und entwickelt, der Zugang zu Agrarflächen für ortsansässige Landwirtinnen und Landwirte erleichtert, der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren erschwert und der Zugriff auf landwirtschaftliche Nutzflächen durch Großinvestoren begrenzt werden. Ob der in dieser Legislatur nicht beschlossene Entwurf als Grundlage dienen kann, wird sich im Lichte der nächsten Regierungskoalition zeigen; die SPD wird sich dafür einsetzen, sinnvolle Regelungen daraus zu übernehmen. Eine weitere mögliche Maßnahme ist, die Inanspruchnahme von qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Böden bei bestimmten Infrastruktur- und Bauvorhaben weiter einzuschränken oder auszuschließen.
Bündnis 90/Die Grünen
Selbstverständlich - wir halten ein Agrarstrukturgesetz für essenziell wichtig, um das Thema Bodenspekulationen in den Griff zu bekommen. Deswegen haben wir auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der unter Beteiligung Vieler erarbeitet wurde. Der sächsische Entwurf für ein Agrarstrukturgesetz genießt bei den Expertinnen und Experten deutschlandweit hohe Anerkennung. Er ist gut und ausgewogen. Zudem wurde er im Verlauf einer intensiven und transparenten Beteiligung mit allen Verbänden abgestimmt und von der Staatsregierung bereits im Kabinett verabschiedet. Dass die CDU-Fraktion im Landtag ihre Zustimmung versagte, hatte keine inhaltlichen, sondern ideologische und wahltaktische Gründe. Das war ein großer Fehler. Unser sächsisches Ackerland ist zu wichtig, um damit ideologische Grabenkämpfe und Wahlkampf zu veranstalten. Es geht um den dringend notwendigen Schutz unserer sächsischen Böden vor den Ausverkauf an einzelne Großinvestoren. Wer das gemeinsam erarbeitete Agrarstrukturgesetz ablehnt, handelt gegen die Interessen der sächsischen Bäuerinnen und Bauern und sorgt dafür, dass Ackerland weiter zum Spekulationsobjekt verkommt.

Die einzig sinnvolle Entscheidung ist, das Gesetz wieder in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Da es bereits fertig erarbeitet ist, kann es auch zeitnah im Landtag beschlossen werden. Das werden wir von der künftigen Koalition einfordern. Dafür braucht es auch die laute Stimme von den betroffenen Landwirten selbst, um deutlich zu machen, wie wichtig dieses Gesetz ist.

Die Linke

Wir wollen verhindern, dass immer mehr große Investoren und Konzerne das Allgemeingut Boden aufkaufen und in ihren Händen konzentrieren. Deshalb stehen wir für ein Agrarstrukturgesetz, das einen Pacht- und Kaufpreisdeckel möglich macht und Anteilskäufe reglementiert. Damit kann eine Stabilisierung und Dämpfung der Dynamik des regionalen Preisniveaus im Grundstückskauf- und Landpachtverkehr erreicht werden. Es soll eine breite Streuung des landwirtschaftlichen Bodeneigentums unter regional verankerten Landwirten und Grundeigentümern fördern. Die Ausübung eines Vorkaufsrechts durch gemeinnützige Landgesellschaften kann den Erwerb von Landwirtschaftsflächen durch landwirtschaftsfremde Akteure weiter erschweren und dazu beitragen, Boden in öffentlicher Hand zu halten oder zu bekommen. Eine Preismissbrauchsschwelle, die es den Behörden erlaubt, Landverkäufe mit überdurchschnittlich hohen Bodenpreisen zu versagen, kann dazu beitragen, die Preisspirale zu bremsen. Vor allem muss Transparenz am Bodenmarkt hergestellt werden.

Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Agrarstrukturgesetzes -welches von der CDU-Fraktion im Landtag blockiert und somit nicht mehr zur Abstimmung gekommen ist - greift die von der Linksfraktion bereits 2013 mit dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz geforderten Punkte auf und ist aus Sicht der Linken im Ländervergleich der handwerklich und inhaltlich beste „Versuch“ eines Agrarstrukturgesetzes. Der Entwurf enthält alle für Die Linke wesentlichen Stellschrauben:

- übermäßiger Preismissbrauch soll versagt werden
- Pachtpreismissbrauch über Pachtpreisspiegel wird eingeschränkt
- Anzeigepflicht bei Anteilskäufen und
- Begrenzung von übermäßiger Flächenkonzentration
- Spekulation würde deutlich begrenzt und die Transparenz auf dem Bodenmarkt verbessert

Gerade in Ostdeutschland sind seit Jahren massive Konzentrationstendenzen erkennbar. Boden erzielt deutlich mehr Rendite als Immobilien. Mit 21,3 Prozent Wertanstieg alleine im Jahr 2022 wird Boden zum Spekulationsobjekt Nummer eins und erzielt fünfmal mehr Gewinn als die Erträge aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erbringen. Die Situation ist umso bedenklicher, da 71 Prozent der Flächen in Sachsen nicht den Landwirtinnen und Landwirten gehören. Die Regulierung des Bodenmarktes ist also eine existenzielle Notwendigkeit und Aufgabe der Politik.

Die Linksfraktion hat sich bereits 2013 mit dieser Problematik befasst und ein Agrarstrukturverbesserungsgesetz eingebracht. Inzwischen ist die Entwicklung fortgeschritten und viel wertvolle Zeit ungenutzt verstrichen. Die Linksfraktion hat als Oppositionsfraktion mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für den Entwurf der Staatsregierung für eine Agrarstrukturgesetzes stark gemacht. Die Verhinderung der

Abstimmung durch die größte Koalitionsfraktion ist für uns als Linke nicht nur unverständlich, sondern in Anbetracht der Erkenntnisse aus der Sachverständigenanhörung im Landtag auch ignorant und unverantwortlich. Die Gefahr weiterer Marktmachtkonzentration wächst.

Die Verabschiedung eines Agrarstrukturgesetzes ist für die Linke eines der, wenn nicht das drängendste agrarpolitische Thema auf Landesebene und muss umgehend nach Regierungsbildung angegangen werden.

Der irreversible Verlust wertvoller Böden führt zu erheblichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Beeinträchtigungen und bedroht damit unsere Lebensgrundlagen. Deshalb hat sich unsere Landtagsfraktion in dieser Wahlperiode intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und eine Große Anfrage (Drs 7/9989) sowie einen Antrag (Drs 7/15929) dazu eingebracht. Auch in Sachsen liegt die Flächenneuanspruchnahme anhaltend hoch bei fast sechs Hektar pro Tag. Am stärksten leidet die Landwirtschaft unter dem ungezügelter Flächenfraß. Durch den unaufhaltsamen Verlust landwirtschaftlicher Flächen und fruchtbarer Böden fehlen wertvolle Ressourcen für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln, Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen. Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Sachsen ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich und ungebremst in allen Landkreisen zurückgegangen. Wenn es um die Begrenzung von Flächenverbrauch geht, reicht es nicht aus, Richtwerte zu formulieren. Der fortschreitende Verlust fruchtbarer Böden und wertvoller Natur- und Kulturräume kann aus unserer Sicht nur durch gesetzlich verbindliche Regelungen und klare Zielvorgaben gestoppt werden. Wir wollen dies über ein zeitlich gestaffeltes landesweites Flächenbudget für die Neuanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke erreichen. Die Verteilung kommunalen Flächenbudgets an die Gemeinden soll über eine konkrete Zuweisung im Landesentwicklungsplan als Ziel der Raumordnung erfolgen. Hierbei ist sowohl die Möglichkeit der Flächen-Budgetübertragung über mehrere Zuteilungsperioden („Ansparen“) als auch die Übertragung nicht genutzter Flächen-Budgets einer Gemeinde auf andere Gemeinden (Flächenzertifikatehandel) zu berücksichtigen. Die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die Sicherstellung der kommunalen Planungshoheit wahren wir dabei durch die Einführung einer Ausnahmeregelung für besondere Härtefälle. Mittelfristig streben wir das Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs an.

AFD

Die Pacht- und Bodenpreisentwicklung sowie aufsehenerregende Fälle von Betriebskäufen branchenfremder Investoren sind auch für uns besorgniserregend. Daher setzen wir uns für praxisfreundlichere sowie einheitliche Verpachtungsgrundsätze bei landeseigenen Flächen ein.

Das berechtigte Anliegen eines besseren Schutzes unserer heimischen Landwirte wurde jedoch mit dem Entwurf zum Agrarstrukturgesetz in der 7. Wahlperiode ad absurdum geführt. Der dadurch absehbare enorme Bürokratie- und Kontrollaufwuchs veranlasste die überwältigende Mehrheit der Interessenverbände dazu, sich im parlamentarischen Verfahren klar dagegen auszusprechen. Auch wir schließen uns dieser Mehrheitsmeinung an. Einer eventuellen praxisfreundlichen Lösung werden wir uns in Zukunft nicht verschließen.

Der massive Flächenfraß ist auch ein Problem, vor allem der derzeitige Wildwuchs bei großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Wir sind gegen diesen massiven Flächenverbrauch von Acker- und Grünlandflächen, welche sonst zur Futter- und Lebensmittelproduktion benötigt werden. Die exorbitant hohen Pachten durch diese PV-Anlagen verzerren zudem lokale Bodenmärkte, was das bestehende Problem stark steigender Pacht- und Kaufpreise noch zusätzlich befeuert.

Zuschlagskriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen: Wie wollen Sie die Benachteiligung der Ökobetriebe bei den Zuschlagskriterien aufheben? Unter der Berücksichtigung der höheren Gemeinwohlleistungen der Ökobetriebe, ist ein vereinfachter Zugang zu Land für Ökobetriebe denkbar?

CDU

Wir haben gegenwärtig nicht den Eindruck, dass Ökobetriebe bei der Verpachtung von Ackerflächen benachteiligt werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die zwischen den zuständigen Ministerien und den einschlägigen berufsständischen Verbänden erarbeiteten Verpachtungskriterien im Freistaat Sachsen.

Darüber hinaus soll der Zugang zu den BVVG-Flächen weiterhin allen Betriebsformen offenstehen. Die öffentliche Ausschreibung der Flächen soll das Regelverfahren bleiben. Rechtliche Erwerbsansprüche, wie z. B. nach dem Ausgleichleistungsgesetz, werden weiterhin uneingeschränkt erfüllt. Wir wünschen uns, dass die BVVG, die heute in erster Linie Acker- und Grünflächen verpachtet, den Zuschlag nicht immer an den Höchstbietenden erteilt. Stattdessen sollten ortsansässige Landwirte im Mittelpunkt stehen.

SPD

Der Bund und die Länder haben im April 2024 neue Grundsätze für die Verkaufs- und Verpachtungstätigkeit der BVVG festgelegt. Die Flächen werden auf Grundlage eines Punkteverfahrens vergeben. Dabei werden Kriterien der Nachhaltigkeit, der Ökologie und Agrarstruktur in Verbindung mit dem finanziellen Gebot bewertet. Hierzu zählen Bewirtschaftungsweisen, welche die Biodiversität fördern, dem Klimaschutz dienen oder eine artgerechtere Tierhaltung umsetzen. Zudem werden Punkte für agrarstrukturelle Kriterien vergeben, etwa für Junglandwirtinnen und Junglandwirte, den Ökolandbau sowie Existenzgründerinnen und -gründer, damit sich ihre Chancen für eine Betriebsentwicklung verbessern. Als SPD erachten wir diese Privilegierungen als wichtig und aktuell ausreichend.

Bündnis 90/Die Grünen

Eine Benachteiligung ist nicht erkennbar. Es gibt Flächenmanagementgrundsätze auf der Internetseite der BVVG. Da steht, welche wirtschaftlichen, ökologischen und agrarstrukturellen Aspekte zu Grunde gelegt werden. Gebote werden nicht berücksichtigt bei wissentlicher Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut, nicht ordnungsgemäßer Betriebsführung und nachweislich unzutreffende Angaben. Benachteiligt werden also Betriebe, die nicht ordnungsgemäß wirtschaften oder falsche Angaben machen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe haben grundsätzlich die gleichen Chancen Flächen zu pachten wie auch konventionell wirtschaftende Betriebe mit nachhaltigem Betriebskonzept. Wir werden auf Bundesebene aber wiederholt

anregen, Ökobetriebe bei der Verpachtung von BVVG-Flächen noch besser als bisher zu berücksichtigen.

Die Linke

Die Linke setzt sich dafür ein, dass die volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen durch gemeinnützige Landgesellschaften langfristig und stets unterhalb des durchschnittlichen Pachtpreises vergleichbarer Flächen im entsprechenden Landkreis unter gemeinwohlorientierten Kriterien verpachtet werden. Zudem müssen Kriterien festgelegt werden, die eine Verpachtung ausschließen (Ausschlusskriterien). Die einzelnen Gemeinwohlleistungen sind im Rahmen von Zuschlagskriterien zu erfassen und entsprechend zu gewichten. In der Konsequenz würden Ökobetriebe regelmäßig bevorzugten Zugang zu Land erhalten. Die aktuell abgestimmten nachhaltigen Zuschlagskriterien für die Vergabe von BVVG-Flächen enthalten viele der von uns geforderten Kriterien. Dort, wo eine Ungleichberechtigung von Öko Betrieben vorliegt, muss nachgebessert werden. Das betrifft die Benachteiligung von Umstellungsbetrieben bei den nachhaltigen Zuschlagskriterien ebenso wie die Honorierung besonders nachhaltiger Zertifizierungen gemäß Öko-Verbandsrichtlinien oder die Anerkennung der Öko-Zertifizierung als Nachhaltigkeitszertifikat. Die Linke ist gerne bereit, sich für eine Optimierung der Auswahlkriterien im Sinne einer gemeinwohlorientierten Ausgestaltung einzusetzen.

AFD

-

Themenfeld Bürokratieabbau

Was hält Ihre Partei vom Konzept „Green by concept“? Stehen Sie zur Befreiung von Umwelt-Verpflichtungen (GLÖZ 4-6) für Ökobetriebe, die diese Umweltwirkung schon übertreffen? Wie wollen sie die Kontrolldichte von amtlichen und öffentlichen Stellen reduzieren?

CDU
<p>Die Umsetzung der GAP in Sachsen stellt für jeden Landwirt eine enorme Belastung dar. Kleinere wie größere Landwirtschaftsbetriebe, ökologisch wie auch konventionell wirtschaftend, im Haupt- oder Nebenerwerb sind unabhängig von Rechtsformen und Produktionsrichtungen gleiche Entwicklungschancen ohne wettbewerbsverzerrende Regelungen einzuräumen. Dies ist im Moment in Sachsen nicht gegeben. Wieder einmal will Deutschland Musterknabe sein. Ergebnis? Alle Landwirte leiden unter einer enormen Bürokratielast.</p> <p>Nicht zuletzt der Verbändeworkshop am 26.03.2024 hat aufgezeigt, dass der Bürokratieabbau allumfassend und unabhängig von der Betriebs- bzw. Bewirtschaftungsform notwendig ist. Beispiele sind Mehrfachkontrollen, die fehlende 1:1-Umsetzung des Bundes- und EU-Rechts, Benachteiligung der sächsischen Landwirte gegenüber Landwirten in anderen Bundesländer abschaffen (z. B. Düngung bei Frost), Aussetzung der Grünlandwerdung nach 5 Jahren, die Stoffstrombilanz, Anwendung des Prinzips der Verursachergerechtigkeit in Roten Gebieten etc. pp. Bund und Land sind hier gleichsam gefragt. Die Umsetzung des „Green by concept“ zur Befreiung von Umwelt-Verpflichtungen (GLÖZ 4 - 6) für Ökobetriebe sehen wir kritisch und lehnen dies aus fachlichen Gründen ab. Zudem sehen wir nicht den Vorteil, der die vom Verband gewünschte Regelung haben sollte, weil der Nachweis über die Einhaltung der Vorgaben GLÖZ 4 – 6 dennoch geführt werden muss. Darüber hinaus sehen wir Entlastungsmöglichkeiten bei wenig intensiver Produktion.</p>
SPD
<p>Mit der neuen GAP werden Ökobetriebe über die Konditionalität, von der sie bisher bei den Greening-Auflagen ausgenommen waren, anderen Betrieben gleichgestellt. Im Sinne der Attraktivierung des Ökolandbaus und im Zuge der Entbürokratisierung der Landwirtschaft werden wir uns dafür einsetzen, hier mehr Augenmaß an den Tag zu legen und wieder zu einer leichteren Regelung zurückzukehren. Bezüglich der Kontrolldichte von Ökobetrieben liegen uns derzeit keine Informationen zu rechtlich geplanten Änderungen vor. Wir begrüßen aber alle Maßnahmen, die zu einer Entbürokratisierung führen, wenn sie die hohen deutschen Verbraucherschutznormen nicht in Frage stellen.</p>
Bündnis 90/Die Grünen
<p>Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP), ausgestaltet durch den nationalen GAP-Strategieplan und die dazugehörigen Förderrichtlinien, führt zu einem überhöhten bürokratischen Aufwand, der für viele Unternehmen immer weniger beherrschbar ist und auch die Agrarverwaltung vor große Bearbeitungsprobleme stellt. Anstatt kleiner Änderungen im derzeitigen System der GAP plädieren wir für umfassende Vereinfachung der Agrarförderung. Landwirtinnen und Landwirte müssen mit fairen Preisen für Lebensmittel und den erbrachten Leistungen für die Umwelt (auch im Sinne von »Green by concept«) tragfähige Einkünfte erzielen können.</p>

Das bisher praktizierte Zwei-Säulen-System aus Einkommensunterstützung, ökologischen Prämien und Umweltverpflichtungen muss aus unserer Sicht beendet werden. Die Agrarförderung muss in Europa in einem einfachen und verständlichen System nach der Maßgabe „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ bereitgestellt werden. Notwendig ist die Einführung eines einfachen Punktesystems, mit dem die Prämien pro Betrieb einfach und transparent beantragt und ausgezahlt werden können. Die in der Diskussion befindlichen Modelle müssen auf europäischer Ebene jetzt konsequent in Richtung einer Gemeinwohlprämie weiterentwickelt werden, damit die GAP in der neuen Förderperiode ab 2028 ihre Ziele erreicht und für alle Beteiligten beherrschbar wird.

Die Linke

Wie oben bereits beschrieben steht die Linke für einen gerechten Übergang in ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem. Dazu gehört für uns auch der Ausbau des Ökolandbaus. Dementsprechend sehen wir Vorgaben, die einer ökologischen Produktionsweise entgegenstehen, kritisch. Wir werden uns daher auf Länderebene dafür einsetzen, dass die Ausgestaltung der GLÖZ-Anforderungen mit der ökologischen Anbaupraxis vereinbar ist und Ökobetriebe von zuwiderlaufenden Anforderungen befreit werden. Um den derzeit noch in vielen Bereichen benachteiligten Ökolandbau voranzubringen und seine besonderen Umweltleistungen anzuerkennen, können wir uns die Beibehaltung des Konzepts „Green by definition“ vorstellen.

Wir wollen Bürokratie abbauen. Die zu dünne Personaldecke und die zu langsame Digitalisierung in den Behörden führen zu verlangsamten Verfahren und erheblichen Bearbeitungsdefiziten. Hingegen an einigen Stellen Doppelstrukturen, wie in ihrem Beispiel bestehen, fehlen anderenorts personelle Kapazitäten für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung. So ist die Kontrolldichte bei Lebendtiertransporten aus unserer Sicht deutlich zu gering. Tierschutzrechtliche Verstöße werden gar nicht oder nur unzureichend verfolgt und geahndet. Die Identifikation und Aufhebung solcher Doppelstrukturen schafft freie Kapazitäten in den Behörden und entlastet die Betriebe. Eine vollumfängliche Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Kontrollstellen ist aus unserer Sicht jedoch nicht zielführend.

AFD

Redundante Kontrollen, Bestimmungen und Bedingungen sind aus unserer Sicht unabhängig von der Bewirtschaftungsform des Betriebes überflüssig. Die Systematik zur Stickstoffbilanzierung und sonstige Düngeregeln sind grundsätzlich auf deutliche Vereinfachung hin zu überarbeiten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bio-Betriebe grundsätzlich von der Verpflichtung zur gesamtbetrieblichen Stoffstrombilanzierung ausgenommen werden?

CDU
Die Sächsische Union lehnt die Verpflichtung zur Stoffstrombilanz grundsätzlich ab. Sie ist unpraktikabel und bürokratisch und bedeutet eine doppelte Dokumentationspflicht für landwirtschaftliche Betriebe aller Art. Deshalb fordern wir deren Abschaffung für alle Betriebe.
SPD
Die Frage, ob Bio-Betriebe von der Verpflichtung zur Stoffstrombilanzierung ausgenommen werden sollen, ist komplex und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es gilt abzuwägen, inwieweit die Vorteile der Stoffstrombilanzierung für Bio-Betriebe durch die damit verbundenen Kosten und den bürokratischen Aufwand aufgewogen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dies im Rahmen eines Antrages oder einer Anhörung im Landtag zu bewerten.
Bündnis 90/Die Grünen
Eine Ausnahme für Biobetriebe ist für uns gut denkbar. Allerdings befindet sich das Düngegesetz nach der Ablehnung im Juli im Bundesrat erneut in einer komplexen fachlichen und politischen Diskussion. Für uns gilt dabei die Maßgabe, dass alle Regelungen bürokratiearm und zielführend im Sinne der von allen Seiten geforderten Verursachergerechtigkeit sein müssen. Nicht mehr Bürokratie als notwendig, aber auch nicht weniger. Welche Kompromisse und verursachergerechte Ausnahmen am Ende politisch mehrheitsfähig sind, ist derzeit offen.
Die Linke
Nach einer Studie des Thünen-Instituts weist der ökologische Landbau in der Fläche deutlich weniger Stickstoffinput, niedrigere Stickstoffsalden und eine höhere Stickstoffeffizienz als vergleichbare konventionelle Betriebe auf. Die Studie sieht in der Ausdehnung der Anbaufläche des ökologischen Landbaus eine wirksame Strategie, um die Stickstoffsalden der Landwirtschaft zu verringern. Gerade ökologisch sensible Schutzgebiete profitieren von den geringeren Stickstoff-Inputs. Vor diesem Hintergrund sehen wir keinen Regelungsbedarf bzw. kein vertretbares Aufwand-Nutzen-Verhältnis im Hinblick auf die Stickstoffbilanz von Bio-Betrieben. Die Linke unterstützt Ihre Forderung, Öko-Betriebe von der Verpflichtung zur gesamtbetrieblichen Stickstoffbilanzierung zu befreien.
AFD
Die Systematik zur Stickstoffbilanzierung und sonstige Düngeregeln sind grundsätzlich auf deutliche Vereinfachung hin zu überarbeiten.

Themenfeld Neue Gentechniken

Wie stellen sie sicher, dass der Freistaat als Landesbehörde die Freiheiten zwischen Gentechnik-Erzeugnissen und GVO-frei gewährleistet? Setzen Sie sich für die Klärung der Patentfrage ein, bevor eine Zulassung verhandelt wird?

CDU
<p>Zuständig für die Gentechnik sind EU und Bund. Der Freistaat Sachsen ist hier ausführende Stelle. Insoweit haben wir einen sehr geringen Einfluss auf Regelungen, die den Anbau gentechnischer Pflanzen betreffen.</p> <p>Grundsätzlich steht die Sächsische Union der Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft, insbesondere der CRISPR/Cas-Methode, sehr positiv gegenüber. Eine gezielte Nutzung und die Weiterentwicklung neuer Züchtungsmethoden sind aus unserer Sicht in der Landwirtschaft unumgänglich. Wir sehen die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion zukunftsfähig zu gestalten. Unser Land ist ein landwirtschaftlich hoch produktiver Standort und steht damit auch in der Verantwortung, nicht nur die eigene Ernährung sicherzustellen, sondern auch einen Beitrag zu leisten, Hunger in anderen Teilen der Welt zu bekämpfen. Während Länder wie die USA, Brasilien, Indien und China an Gentechnik forschen, droht Europa den Anschluss an diese Technologien zu verlieren.</p> <p>Positiv in diesem Zusammenhang sehen wir die Entscheidung des Europäischen Parlaments, welches im Februar 2024 Regeln für den Umgang mit neuen Züchtungstechnologien verabschiedet hat. Diese Entscheidung ist ein gutes Signal für eine moderne Landwirtschaft. Wenn Pflanzen, die mithilfe neuer Züchtungsmethoden entstanden sind, nicht von denen unterschieden werden können, die konventionell gezüchtet wurden, dann machen Gentechnik-Sonderregelungen hier überhaupt keinen Sinn. Die Chancen für die globale Ernährungssicherung, für weniger Einsatz von Pflanzenschutz und mehr Resilienz gegen klimatische Extreme gilt es zu nutzen. Es wäre ein großer Fehler, wenn dieses positive Votum des Europäischen Parlaments im weiteren europäischen Entscheidungsprozess hintertreiben würden, nur weil sie nicht offen für Innovation sind.</p>
SPD
<p>Gentechnik im herkömmlichen Sinne lehnen wir ab. Den Einsatz neuer genomischer Techniken (CRISPR/Cas, Gen-Schere) werden wir weiter ergebnisoffen begleiten. Dabei haben für uns das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung im Einzelfall vor jeder potenziellen Zulassung oberste Priorität. Die Sozialdemokraten haben sich im EU-Parlament erfolgreich für eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für alle Produkte auf Basis der neuen Gentechnik eingesetzt. Wir wollen generell sicherstellen, dass sowohl Landwirte als auch Verbraucherinnen und Verbraucher ein Mindestmaß an Risikokontrolle, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von genveränderten Pflanzen wahrnehmen können und eine gentechnikfreie Landwirtschaft möglich bleibt. Bevor wir über konkrete Regelungen im Freistaat reden, müssen die Ergebnisse des Trilog-Prozesses auf EU-Ebene abgewartet werden, der noch aussteht und in dessen Rahmen auch die Patentfrage geklärt werden muss.</p>

Es sind Koexistenzmaßnahmen notwendig, die gentechnikfreie Erzeugung ausreichend vor Verunreinigungen schützen. Sollten Patente kommen, muss verhindert werden, dass sich die Rechte an Pflanzen durch entsprechende Patente in der Hand weniger Großunternehmen konzentrieren und so der Zugriff für kleine und mittelständische Unternehmen behindert wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir sind gegen die auf EU-Ebene geplante Deregulierung der „Neuen Gentechnik“ und auch gegen begriffliche Verbrauchertäuschung. Gezielte technologische Veränderungen der DNA von Pflanzen dürfen nicht mit Begriffen wie »Neue Züchtungsformen« verharmlost werden. Gentechnisch veränderte Pflanzen sollten auch künftig als solche gekennzeichnet werden, eine Risikoprüfung durchlaufen und rückverfolgbar sein. Wir wollen an den strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Die unkontrollierbare Verbreitung muss ausgeschlossen und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Das sind aber Fragen, die vor allem auf der EU-Ebene geklärt werden müssen. Ausführende Landesbehörden sind am Ende an geltendes EU-Recht gebunden.

Die Linke

Für uns steht fest: Gentechnik erlöst uns nicht von den weltweiten Ernährungsproblemen. Für den Hunger sind die ungerechte Verteilung von Reichtum, Kriege und der unfaire Welthandel verantwortlich. Das größte Problem ist der Zugang zu Land bzw. die Überbeanspruchung von Flächen weltweit durch die reichen Staaten. Die sogenannte „Grüne Gentechnik“ kann diese Probleme nicht lösen und bringt dagegen die Biodiversität in Gefahr. Außerdem macht sie Produzenten auf verhängnisvolle Weise abhängig von Konzernen. Wir lehnen die sogenannten „genomischen Techniken“ genauso ab wie Patente auf Saatgut, Pflanzen, Tiere oder anderes Leben.

AFD

Der Einsatz von Gentechnik sollte streng überwacht und stets auf seinen tatsächlichen Nutzen überprüft werden. Einer Monopolisierung von Patenten stehen wir kritisch gegenüber.

Schätzt Ihre Partei, plausibel und theoretisch, die Koexistenz als machbar ein, wenn keine Risikoprüfung an Pflanzen und Kennzeichnung an Produkten vorgenommen wird?

CDU
<p>Ja, s. Antwort auf Frage 9. Wir unterstützen die Auffassung des Europäischen Parlaments wonach in Zukunft in NGT-Pflanzen der Kategorie 1 (Neue Genomische Techniken) und Kategorie II unterschieden wird. Das Parlament will die Regeln dafür anpassen, wie groß und zahlreich Änderungen sein dürfen, damit eine NGT-Pflanze als gleichwertig mit herkömmlichen Pflanzen gelten kann. Im Sinne der Transparenz soll eine Liste aller NGT-Pflanzen der Kategorie 1 erstellt und im Internet veröffentlicht werden.</p> <p>Grundsätzlich sollte anerkannt werden, dass die GVO-Rechtsvorschriften der EU zu den strengsten der Welt zählen – unter anderem was Zulassungsverfahren angeht. Für NGT-Pflanzen der Kategorie 2 sollen diese GVO-Regelungen größtenteils weiterhin gelten. Die Risikobewertungsverfahren für Pflanzen der Kategorie II wurden beschleunigt, die zu einem nachhaltigeren Agrar- und Lebensmittelsystem beitragen dürften. Muss das sogenannte Vorsorgeprinzip beachtet werden.</p>
SPD
<p>Um eine tatsächliche Koexistenz zu ermöglichen, muss die Gesetzgebung sicherstellen, dass der gentechnikfreie Landbau weiterhin wissen und belegen kann, dass ausschließlich Saatgut verwendet wird, welches ohne Gentechnik gezüchtet wurde. Eine praktische Umsetzung hierfür, insbesondere für den Ausschluss von Verunreinigungen, muss erst noch gefunden werden.</p>
Bündnis 90/Die Grünen
<p>Dem Einsatz von grüner Gentechnik und auch neuen Methoden der Gentechnik im Agrarbereich stehen wir aufgrund der komplexen Risiken für Mensch und Umwelt kritisch gegenüber. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, dass neue gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und Folgen erforscht werden. Aber für eine transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können.</p> <p>Wir treiben vor allem alternative Ansätze traditioneller und ökologischer Züchtungsverfahren voran, um den zentralen Herausforderungen wie Anpassung an den Klimawandel, Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes oder Ertragssteigerungen zur Sicherung der Welternährung schneller begegnen zu können. Aus unserer Sicht wird die Landwirtschaft vor allem durch mehr Agrarökologie, mehr Fruchtfolgen, mehr Sortenvielfalt, mehr Artenvielfalt sowie besseres Boden- und Wassermanagement unabhängiger und widerstandsfähiger.</p>
Die Linke
<p>Die von der EU geplante Kennzeichnungsbefreiung für den Großteil der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) wollen wir verhindern. Das Vorsorgeprinzip muss Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass Sachsen endlich dem Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen in Europa“ beitrifft und verbindlich erklärt, dass es in Sachsen auch künftig keine „grüne Gentechnik“ auf dem Acker und keine CRISPR-Tiere im Stall geben wird.</p>
AFD
-

